

Ihr G8 – wir 6 Milliarden

## Gleiche soziale Rechte für alle – überall!

«100 000 Menschen sterben jeden Tag an Hunger oder seinen unmittelbaren Folgen. 852 Millionen Menschen sind permanent schwer unterernährt. Das ist einer von sechs Menschen auf unserem Planeten – der im Übrigen von Reichtum überquillt. Es gibt keine Fatalität. Ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet. Die Weltordnung des globalisierten Raubtierkapitalismus ist nicht nur mörderisch. Sie ist auch absurd. Sie tötet, aber sie tötet ohne Notwendigkeit.»

Jean Ziegler

Im kapitalistischen System wird nicht produziert, um Bedürfnisse zu befriedigen, sondern um möglichst großen privaten Profit abzusahnen. In den letzten zehn Jahren haben sich die Anzahl und das Vermögen der Superreichen auf der Welt – das sind Menschen mit einem Vermögen von mehr als einer Million US-Dollar – verdoppelt. 1,2% der Weltbevölkerung besaßen im Jahr 2005 soviel wie drei Viertel aller Länder der Erde an Bruttoinlandsprodukt zusammen erwirtschaften. (In Zahlen: Im Jahr 2005 besaßen 8,7 Millionen Superreiche zusammen 33,3 Billionen US-Dollar, das gesamte Bruttoinlandsprodukt der Welt betrug 44,2 Billionen Dollar.)

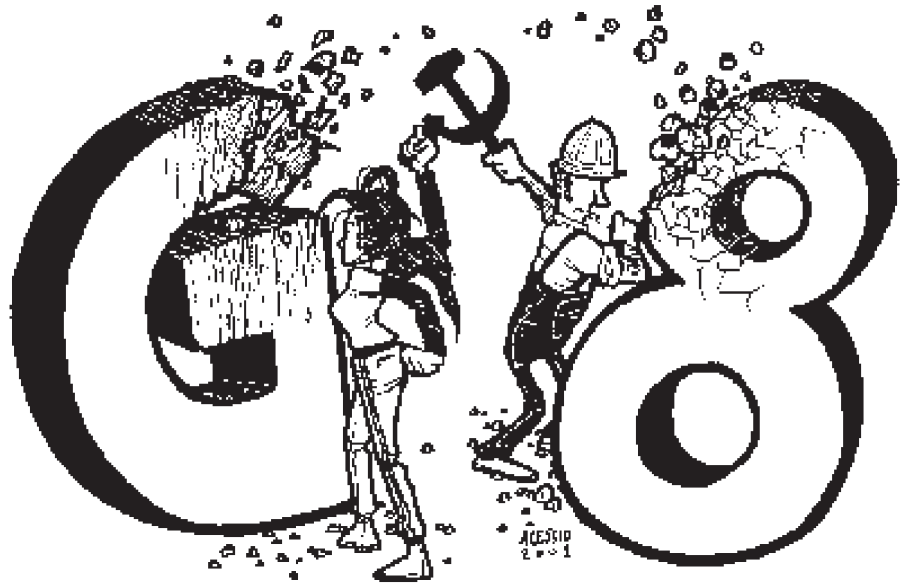
Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist auch ökologisch nicht mehr tragbar. Einigen seiner Führungskräfte dämmert das manchmal sogar. So hat der Brite Nicholas Stern großes Aufsehen erregt, als er Ende letzten Jahres davon sprach, die Klimakatastrophe sei Ausdruck des «bisher größten Versagens der Marktwirtschaft» (siehe Seite 3).

Wenn die G8 – die Staats- und Regierungschefs der sieben reichs-

ten Länder der Welt plus Russland – vom 6. bis 8. Juni in Heiligendamm turnusmäßig zusammen treffen, dann reden sie bei aller Vielfalt ihrer Themen aber nur über eins: wie sie absichern können, dass dieses System aufrechterhalten wird. Ihr Energiehunger ist so unersättlich wie ihr Hunger nach Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft, möglichst zum Nulltarif. Sie denken nicht daran, die Warnungen der Wissenschaftler ernst zu nehmen und umgehend eine Abkehr von fossilen Brennstoffen einzuleiten. Alles woran sie denken ist, wie sie alle wichtigen Öl- und Erdgasvorkommen der Welt unter ihre mehr oder minder direkte Kontrolle bringen können.

Ein System, das Millionen Menschen die Lebensgrundlage entzieht, kann sich dauerhaft nur mit Gewalt halten. Sie nimmt in verschiedenen Regionen der Welt je nachdem ganz verschiedene Formen an, letzten Endes aber ist es immer Krieg: ob gegen die Zivilbevölkerung im Irak, in Afghanistan oder im Kongo, ob gegen die Flüchtlinge, die aus Kriegsgebieten an die Pforten der EU klopfen, ob gegen ALG-II-Bezieher, die willkürlicher Schikane ausgesetzt und zum Fall für die Psychiatrie erklärt werden, wenn sie sich dagegen wehren, oder gegen abhängig Beschäftigte, die mit Erwerbslosigkeit erpresst werden, damit sie sich freiwillig ihren Lohn und ihre soziale Absicherung rauben lassen.

Warum lassen sich Menschen das gefallen? Warum tun sich Lohnabhängige so schwer, über die oberflächlichen Unterschiede ihrer Lebenssituation hinweg ihre gemeinsamen Interessen – und gemeinsamen Gegner – zu erken-



nen? Warum setzen sie sich nicht an einen Tisch – Erwerbslose, Arbeiter, Flüchtlinge, Jugendliche, Frauen aller Nationalitäten?

*Proletarier aller Länder, vereinigt euch* – die Losung war lange nicht mehr so aktuell wie heute. Es scheint jedoch, die einzigen, die ihre Lektion von Marx gelernt haben, sind die Kapitalisten, die vereinigen sich in einer ganzen Vielzahl von internationalen Organisationen, von der EU bis zur WTO. Die G8-Treffen sind dabei nicht viel mehr als ein nettes Plauderstündchen, doch wichtig zur Pflege der politischen Landschaft.

Dafür gibt es einen Grund: Kapital konkurriert nicht nur mit anderem Kapital, es setzt auch die abhängig Beschäftigten in eine verschärfte Konkurrenz untereinander – um Arbeitsplätze, Lohnanteile, Wohnungen, Transferleistungen usw. So kommt es, dass der jugendliche Ausbildungsabsolvent meint, sein größter Gegner sei der Alte, der mit 54 Jahren seine Ar-

beitsstelle immer noch nicht räumen will, und der Facharbeiter meint, der Erwerbslose ruht sich in der sozialen Hängematte aus und plündert die Sozialkassen... Es ist viel einfacher, auf jemanden zu treten und zu schimpfen, der in der sozialen Hierarchie eine Stufe unter einem steht, als sich gemeinsam gegen die scheinbar Übermächtigen zu wehren.

Die Überwindung der Spaltung unter den Lohnabhängigen ist deshalb die wichtigste Voraussetzung dafür, dass auch in Zeiten scheinbarere Allmacht des Kapitals Forderungen gegen sie durchgesetzt werden können. Der Globalisierung von oben müssen wir eine wirkliche, eine gelebte, erfahrbare Globalisierung von unten entgegensetzen.

Migranten und Deutsche, Junge und Alte, Frauen und Männer, Erwerbslose und abhängig Beschäftigte, prekär Beschäftigte und (noch) gut bezahlte Facharbeiter – ein Gegner, ein Kampf!

Es ist genug für alle da, vorausgesetzt, wir verteilen es gerecht untereinander und lassen alle daran teilhaben. Niemand darf ausgegrenzt werden, gleich welchen Passer oder sie hat. Dass die Nichtkapitalbesitzer alle in einem Boot sitzen, dass wir das Gemeinsame über das Trennende stellen müssen, dass wir Kraft schöpfen, wenn wir weiter blicken als das bornierte Eigeninteresse – das alles sind Verhaltensmuster, die neu gelernt werden müssen.

Die europäischen Märsche gegen Armut und Existenzunsicherheit, die sich vom 26. Mai an von verschiedenen Grenzorten der Bundesrepublik nach Rostock bewegen, versinnbildlichen genau dieses Streben nach Einheit. Sie halten den G8 eine Losung entgegen, mit der ihr ganzes System von Ausbeutung und Krieg zum Einsturz gebracht werden kann:

**Gleiche soziale Rechte für alle – überall!**



26. Mai – 2. Juni 2007 aus ganz Europa

### Märsche gegen Armut und Existenzunsicherheit zum G8-Gipfel nach Heiligendamm

**Aus Westen, Süden und Osten... zu Fuß, mit Rad und Bus:**

In **Frankreich** starten am 12./13. 5. regionale Märsche in allen Landesteilen, sie vereinigen sich in Lüttich mit Belgien und Niederländern. Der Marsch trifft am 26. 5. in Köln ein und führt über Düsseldorf (27.), Osnabrück (28.), Oldenburg (29.), Hamburg (31.).

In Oldenburg und Hamburg treffen die Märsche gegen Prekarisierung mit der Karawane für die Rechte der Flüchtlinge zusammen. Deren Marsch nach Rostock führt über die Abschiebeknäste.

Der **alemannische** Marsch startet in Genf am 19./20. 5. – er trifft am 26. 5. in Basel ein und führt über Freiburg, Offenburg und Karlsruhe.

Der **Ostmarsch** startet in Dresden (25./26. 5.) und führt über Finsterwalde (27. 5.), Jüterbog (28. 5.), Zossen (29. 5.), Berlin (30. 5.).

Aus **Polen** kommen Marschierende zum **Bombodrom** in der Ruppiner Heide. Dort treffen am 31. 5. alle Märsche zusammen und beteiligen sich an den Aktionen gegen den geplanten Bau des größten Bombenabwurfplatzes in Europa. Von dort geht es am 1. 6. nach Rostock.

Teilnahme an der internationalen Großdemonstration (2. 6.) und am Alternativgipfel (3. 6.) in **Rostock**.

**Kontakt:** kontakt@soziales-europa.de; www.euromarsch2007.labournet.de



## Tarifrunden 2007

# Kein Ende der Bescheidenheit

**Die beiden ersten Abschlüsse der Gewerkschaften Ver.di und IG BCE gaben einen Vorgeschmack: 3,4% bei der Lufthansa und 3,6%, garniert mit Einmalzahlungen, in der Chemieindustrie. Das waren mäßige Lohnerhöhungen, obwohl die Konzerne ihre Profite auch im letzten Jahr wieder kräftig steigern konnten. Streiks hielt man für «unnötig».**

In der Metallindustrie traten viele Vertrauensleutekörper (Alstom Power, Daimler, Opel, Porsche) für Forderungen bis zu 9,5% ein, doch der IG-Metall-Bundesvorstand beließ es bei bescheidenen 6,5%. Jahrelang niedrige Abschlüsse entsprechen der sozialpartnerschaftlichen Linie. Gerade wurde die Mehrwertsteuer um 3% erhöht. Die Energiekosten verschlingen einen immer größeren Teil der Einkommen. Die Belegschaften werden im großen Stil durchrationalisiert. Sich da auf reine, und dann noch bescheidene Lohnforderungen zu beschränken, ist nicht akzeptabel.

Anstatt die gute Konjunktur zu nutzen, um Rationalisierungsschutz, Arbeitszeitverkürzung und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den Vordergrund zu stellen, bleiben die Gewerkschaftsführungen bei ihrer Verliererstrategie: der Stärkung des Standorts D.

So konnte die deutsche Wirtschaft zum Dauerexportweltmeister werden und die Konkurrenten in anderen Ländern, auch innerhalb der EU, ausstechen – oft zulasten der Belegschaften im Ausland. In keinem anderen Land der EU

gibt es eine ähnliche, für die Beschäftigten so schlechte Entwicklung wie in der Bundesrepublik.

Beispielhaft ist wieder einmal der Fall VW: Die IG Metall gab ihr Einverständnis zur unentgeltlichen Arbeitszeitverlängerung, womit die Produktion des Golf in Wolfsburg gesichert wurde. Die Arbeitszeit wurde um über 20% verlängert, von 28,8 auf 35 Stunden. Dies hatte zur Folge, dass der VW-Vorstand beschloss, die Produktion des Golf in Brüssel einzustellen. Daraufhin gab es heftige Reaktionen der Brüsseler Belegschaft, was die Aufrechterhaltung einer Teilproduktion bewirkte.

Um aber eine dauerhafte Produktion in diesem Betrieb zu sichern, soll die Belegschaft wie in Wolfsburg zu «Zugeständnissen» erpresst werden. Flexibler und billiger sollen nun auch die Beschäftigten in Brüssel werden.

Bei der anderen großen Gewerkschaft, Ver.di, sieht es nicht besser aus. 2001 wurden die Dienstleistungsgewerkschaften fusioniert: angeblich um Kräfte zu bündeln und stärker zu werden. Heute ist der öffentliche Dienst in viele Einzelsparten aufgeteilt. Große Teile sind nicht mehr kampffähig und zu Bittstellern geworden.

Die Arbeitszeit im öffentlichen Dienst ist so gut wie überall auf 40 Stunden verlängert worden, und mit dem neuen Tarifvertrag gibt es vor allem für Arbeiter erhebliche Einkommenseinbußen.

Von 3 Millionen Mitgliedern bei der Ver.di-Gründung sind Ende 2006 nur noch 2274000 übrig ge-

blieben. Ist schon der Abschluss bei der Lufthansa ziemlich mager, so sind für wichtige andere Bereiche noch schlechtere Abschlüsse zu erwarten.

Als einziger Fachbereich hat sich Druck wenigstens dazu durchringen können, wie in der Metallindustrie 6,5% zu fordern. Der Fachbereich Handel stellt Forderungen zwischen 4,5% (Einzelhandel in NRW) und 6% (Großhandel in mehreren Bundesländern) auf. Im Einzelhandel gab es in den letz-

ten zwei Jahren insgesamt nur 1% mehr. Da ist eine Forderung von 4,5% fast ein Friedensangebot an die Bosse.

Trotzdem wird die Tarifrunde im Einzelhandel wohl wieder diejenige sein, die am längsten dauert. Bisher hat sich bei den Einzelhandelsbossen stets die Knauserigkeit durchgesetzt.

Es bleibt zu hoffen, dass nicht alles so einfach über die Bühne geht, wie es momentan aussieht. Linke in den Gewerkschaften sollten für

eine volle Durchsetzung der Forderungen eintreten, und die Debatte um die Qualität der Arbeit in die Betriebe und die Gewerkschaften tragen.

Dazu gehört natürlich auch, die Frage der Arbeitszeit endlich wieder einmal positiv aufzugreifen: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn und Personalausgleich. Wir würden sagen:

**4-Tage-Woche für alle – inkl. derer, die eine Arbeitsstelle suchen.**



Aktion von Braunschweiger Siemens-Beschäftigten während der letzten Tarifrunde

## Große Koalition

# Wann sagen wir mal «Basta»?

**Die Große Koalition aus Unionsparteien und SPD unter der Kanzlerin Angela Merkel setzt die Politik der «rot-grünen Schröder-Regierung fort: eine Politik im Dienst des Kapitals und zu Lasten der abhängig Beschäftigten und Ausgegrenzten, und eine Politik der Kriegseinsätze in aller Welt.**

Die Erhöhung der Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte trifft Verbraucherinnen und Verbraucher mit kleinen Einkommen am härtesten; sie wird ergänzt durch fortgesetzte Steuergeschenke an die Kapitaleigentümer. Die Erhöhung der Krankenkassen- und Rentenversicherungsbeiträge, der Wegfall der Pendlerpauschale und anderer bisheriger Steuererleichterungen für Lohnabhängige kommen hinzu. Beschäftigte, Erwerbslose und Studierende werden durch solche Maßnahmen immer ärmer. Die neuen Steuern und Abgaben führen insgesamt zu Mehrbelastungen von fast 25 Milliarden Euro. Pro Kopf beträgt die durchschnittliche Mehrbelastung 287 Euro im Jahr – vom Neugeborenen bis zum Greis.

Das alles ist nicht das Ende der Fahnenstange. Derzeit herrscht wirtschaftliche Hochkonjunktur, doch am «Eisernen Sparen» ändert sich nichts. Der Sozialabbau wird fortgesetzt, aus ihm werden die neuen Steuergeschenke an die Unternehmer gezahlt.

Der Tornado-Einsatz in Afghanistan – faktisch die Beteiligung an einem Angriffskrieg – hat mit Lan-

desverteidigung nichts zu tun (die einzige im Grundgesetz festgelegte Aufgabe der Bundeswehr), ist aber natürlich nicht zu teuer.

Die Bundesregierung betätigt sich schlicht als Erfüllungsgehilfin der Forderungen und Interessen des großen Kapitals. Dessen Agenda lautet: Die Beschäftigten sollen mehr arbeiten für immer weniger Geld, soziale Sicherung soll Zug um Zug der sog. Eigenverantwortung weichen, öffentliche Dienste sollen privatisiert und Aufgaben der Daseinsvorsorge zu ebenso vielen Feldern kapitalistischer Geschäftemacherei werden. Und selbstverständlich soll Deutschland international an der Spitze der EU zur Führungsmacht werden, vor allem auch auf militärischem Gebiet.

Gerade wurde die «Reform» der Krankenversicherung verabschiedet. In der Öffentlichkeit werden die wenigen Leistungserweiterungen betont, die beschlossen wurden – z. B. in Sachen Eltern-Kindkuren. Unter dem Strich jedoch ist die Zwei-Klassen-Medizin vertieft worden. Kritiker sprechen zu Recht von einer «Aldisierung»: In Zukunft gibt es auch innerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung eine billigere Variante für Patienten ohne viel Knete und eine bessere für Betuchte.

Ein gefährlicher Schritt wurde in Richtung der Logik getan: «Selber schuld, schau zu, wo du bleibst», indem Versicherten die Behandlung der gesundheitlichen Folgen

von Körperpiercing zum Teil selbst aufgebürdet wird. Wo soll das enden? Wer raucht, wer Bier trinkt, wer zu wenig Sport macht, wer sich trotz genetischer Defekte nicht hat abtreiben lassen... muss der die Behandlungskosten selber tragen? Schöne neue Welt des Kapitals!

Bei alledem wundert nicht, dass die Umfragewerte der SPD im Keller sind und bleiben. Niemand kann heute mehr in der Sozialdemokratie – und sei es noch so indirekt und vermittelt – eine Sachwalterin der Interessen der Beschäftigten und Erwerbslosen oder überhaupt der «kleinen Leute» erkennen.

Die Entstehung der neuen Partei «Die Linke» im Juni dieses Jahres ist da eine große Chance. Es gilt, die Krise der Sozialdemokratie zu nutzen und ihr nicht nur Stimmen, sondern vor allem auch restlos enttäuschte Mitglieder und Anhänger abzugewinnen. Das geht aber nur mit einer konsequenten und glaubwürdigen Politik im Interesse der Beschäftigten und der Erwerbslosen, mit klarer Ablehnung der Auslandseinsätze der Bundeswehr und mit internationaler Solidarität statt nationalbornierter Standortpolitik. **Heutzutage bedeutet das: konsequente Opposition und Mobilisierung der Betroffenen im außerparlamentarischen Raum. Wenn die neue linke Partei aber im Morast des Mitregierens landet, wird sie eine solche positive Rolle nicht spielen können.** ★

«Das Kapital hat einen Horror vor Abwesenheit von Profit oder sehr kleinem Profit, wie die Natur vor der Leere. Mit entsprechendem Profit wird Kapital kühn. Zehn Prozent sicher, und man kann es überall anwenden; 20 Prozent, es wird lebhaft; 50 Prozent, positiv waghalsig; für 100 Prozent stampft es alle menschlichen Gesetze unter seinen Fuß; 300 Prozent, und es existiert kein Verbrechen, das es nicht riskiert, selbst auf Gefahr des Galgens.»  
(Aus: Karl Marx, Das Kapital, Bd. I, MEW 23, S. 788)

## Kommunisten werden wieder verfolgt

**Am 12. Oktober 2006 verfügte der tschechische Innenminister das Verbot und die Auflösung des Kommunistischen Jugendverbands (KSM).**

Zur Begründung zitierte er aus dem Programm dieser Organisation, die der Kommunistischen Partei Böhmens und Mährens (KSCM) nahe steht; darin wird die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als Ziel benannt. Dies sei mit «elementaren demokratischen Grundsätzen nicht vereinbar»!

Außerhalb der traditionellen kommunistischen Bewegung wurde dieser Skandal in der europäischen Linken bislang zu wenig beachtet. Es handelt sich um einen schlimmen Präzedenzfall, der sich zudem nicht gegen eine Splittergruppe richtet, denn die KSCM hat durchaus bedeutenden wahlpolitischen Rückhalt.

Wenn das in Europa Standard wird, dann droht hierzulande nicht nur kleineren linken Organisationen, sondern zumindest auch Teilen der neuen Partei «Die Linke», Teilen der Bewegung gegen die neoliberale Globalisierung bis hin zu solchen DGB-Gewerkschaften, die das Ziel einer gemeinwirtschaftlichen Ordnung noch nicht aus ihrem Programm gestrichen haben, die Illegalisierung.

Wie ein Echo auf den tschechischen Erlass wirken die öffentlichen Kommentare gegen Christian Klar, den Gefangenen der ehemaligen RAF, nur weil er der Rosa-Luxemburg-Konferenz Anfang Januar ein Grußwort antikapitalistischen Inhalts geschickt hat. Zur Strafe werden ihm anstehende Hafterleichterungen verweigert, wird gefordert, dass der Bundespräsident sein Gnadengesuch ablehnt.

Demokratie nur für die Anhänger der jeweiligen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung ist keine Demokratie!



Das meint die is!

# Klimakatastrophen oder Ökosozialismus

**Das Wissenschaftlergremium, das vor kurzem im Auftrag der UNO den ersten Klimabericht veröffentlichte, ist ein zwischenstaatlicher Ausschuss für Fragen des Klimawandels – die Wissenschaftler sprechen in ihrem eigenen Namen, aber die Regierungen sind darin vertreten. Der Klimabericht kann also mit Fug und Recht als regierungsamtliches Dokument betrachtet werden. Das bedeutet nicht weniger, als dass die Politik sich nicht länger weigert, eine elementare Wahrheit anzuerkennen, die der Wissenschaft schon lange vertraut ist: Die Erwärmung der Erdatmosphäre ist überwiegend vom Menschen verursacht.**

Die Aufheizung der Erde ist das Ergebnis der Verbrennung von Kohle, Öl und Erdgas zum Zweck der Energiegewinnung, aber auch der intensiven Landwirtschaft und des Raubbaus an den Wäldern. Sie ist sehr bedrohlich: Wenn nichts Einschneidendes geschieht, wird sie Zerstörungen in einer Größenordnung anrichten wie die Weltwirtschaftskrise 1929 und die beiden Weltkriege zusammengenommen. Verbal sind fast alle Regierungen auf eine neue Linie eingeschwenkt: Eine sofortige Kehrtwende ist nötig.

Wie aber soll sie aussehen? Schließlich basiert der Reichtum der Konzerne und überhaupt die weltweite Durchsetzung des Kapitalismus zum größten Teil auf der Verbrennung von Kohlenstoffen. Die Wissenschaftler im Dienst dieser Konzerne und ihrer Regierungen müssen ein heikles Problem lösen: Wie kann man die Erderwärmung mindestens verlangsamen, ohne die Entscheidungsgewalt der privaten Aktionäre über Investitionen und Produkte anzutasten?

Der ehemalige Weltbankchef Nicholas Stern hat Ende Oktober 2006 im Auftrag der britischen Regierung einen Bericht dazu verfasst, in dem er versucht, diese Frage zu beantworten. Als bürgerlicher Ökonom, der nur in den Kategorien von Waren und Geld denken kann, beziffert er die voraussichtlichen Schäden in klingender Münze: Es drohe eine Abnahme des weltweiten Bruttoinlandsprodukts um 20%. Besser und billiger kämen wir davon, wenn alle sofort gemeinsam und weltweit handeln,

um die Klimakatastrophe abzuwenden.

Stern bezeichnet den Klimawandel als Ausdruck des «bisher größten Versagens der Marktwirtschaft». Darin kann man ihm nur zustimmen. Doch schlägt er Lösungen vor, die alle auf mehr Markt, mehr Konkurrenz, mehr Profite für die großen Kapitalgesellschaften und mehr Atomenergie hinauslaufen. Die sozialen Belange der großen Mehrheit der Menschen und ihre demokratischen Rechte bleiben dabei auf der Strecke.

Um den Ausstoß von Treibhausgasen zu senken, will Stern mit Emissionsrechten Handel treiben. Industriekonzerne, die mehr CO<sub>2</sub> ausstoßen, als sie laut Festlegung der UNO dürfen, können dann solchen Staaten oder Unternehmen – z. B. in ärmeren Ländern – Rechte abkaufen, die weniger emittieren, als sie dürfen; im Gegenzug erhalten ärmere Länder moderne Industrieanlagen und Dienstleistungen. Die weltbeherrschende Rolle der großen Kapitalgesellschaften würde dadurch nochmals gestärkt.

Weil Stern aber in der Logik der verallgemeinerten privatwirtschaftlichen Konkurrenz bleibt, sind seine Vorschläge nicht nur ein Affront gegen die armen Länder, sie erreichen auch nicht das selbstgesteckte Umweltziel. Denn die politisch Verantwortlichen schie-

ben sich gegenseitig die Bälle zu: Auf der Weltklimakonferenz in Nairobi Anfang November 2006 haben die reichen Industrieländer eine Absenkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes um «weit mehr als 50% bis zum Jahr 2050» zugesagt, zugleich aber erklärt, sie könnten dies «nicht alleine» zuwege bringen. Der arme Süden soll gefälligst seinen Beitrag leisten...

Der arme Süden emittiert aber – trotz rasanter Industrialisierung – nur einen Bruchteil CO<sub>2</sub> pro Person und Jahr von dem, was der Mensch im Norden ausstößt. Ein US-Amerikaner leistet sich fast 6 Tonnen CO<sub>2</sub> im Jahr, ein Westeuropäer immer noch 3 Tonnen, ein Inder hingegen nur 0,5 Tonnen. Der UN-Klimabericht sagt: Wenn wir die Folgen der Erderwärmung einigermaßen unter Kontrolle halten wollen, müssen wir unseren CO<sub>2</sub>-Ausstoß innerhalb der nächsten 20 Jahre auf 0,5 Tonnen pro Person und Jahr senken – auf das Niveau Indiens also.

Wie soll das funktionieren, solange die Macht der Großkonzerne und Großbanken nicht gebrochen ist? Eine vollständige Umstellung der heutigen Energieproduktion auf erneuerbare Quellen ist zwar notwendig, innerhalb von 20 Jahren aber nicht möglich. Es drohen sogar weitere ökologische Katastrophen, wenn in der Dritten Welt weitere Monokulturen entstehen, um landwirtschaftliche Nutz-

pflanzen im großen Stil zu «verspritzen».

Der Energieverbrauch selbst muss radikal gesenkt werden – durch neue Techniken der Energieeinsparung, durch Verzicht auf unsinnige Produktionen wie Rüstung und Verbrennungsmotoren, durch Senkung unsinnigen Verkehrsaufkommens.

In einem global irrationalen kapitalistischen System der Jagd nach maximalem privatem Profit geht das nicht. Die menschlichen Gesellschaften müssen beginnen, ihren Bedarf an natürlichen Ressourcen und ihre Investitionen zu planen – nur so lassen sich soziale und ökologische Verantwortung unter einen Hut bringen.

Wirtschaftliche Planung wird immer noch weitgehend mit zentralistischer Kommandowirtschaft und bürokratischen Privilegien assoziiert. Planung kann aber auch demokratisch erfolgen, unter direkter Mitwirkung der Produzenten und Konsumenten. **Wir brauchen weltweit sozialistische Demokratie und Partizipation, um die Klimakatastrophe abzuwenden und die Erde für alle wohnlich zu erhalten.** Die Forderung nach ökologischer Produktion muss systematisch verbunden werden mit der Befriedigung der gesellschaftlichen Bedürfnisse und dem Interesse der großen Mehrheit der Menschen an einem lebenswerten Leben. ★



Karikatur: R. Aff

## Biosprit ist keine Lösung

**Groß sind die Hoffnungen auf den Biosprit – er soll den CO<sub>2</sub>-Ausstoß des Individualverkehrs senken. Da die EU-Kommission Anfang Februar niedrigere Obergrenzen für den Ausstoß des klimaschädigenden Kohlendioxids verordnet hat, soll dies unter anderem durch Beimischung von Biotreibstoffen erreicht werden.**

Das beruhigt das ökologische Gewissen umweltbewusster Autofahrer, und Agrarexperten behaupten sogar, die armen Länder des Südens erhielten dadurch eine neue Entwicklungsperspektive. Hauptsächlich hier sollen nämlich die begehrten Ölpflanzen angebaut werden. Afrikanische Regierungschefs wie Präsident Abdoulaye Wade aus dem Senegal träumen schon von einer «grünen OPEC», die den Erdölländern Konkurrenz machen könnte.

Die westlichen Agrarkonzerne hoffen auf eine neue Goldgräberstimmung: Großflächige Mono-

kulturen für Mais, Palmöl, Zucker, Raps und andere Pflanzen, die angebaut werden, um sie zu verbrennen, versprechen neue Absatzmärkte für gentechnisch manipuliertes Saatgut, Kunstdünger und Pestizide.

Neben den USA und Europa bauen vor allem Brasilien, Argentinien, Kolumbien und Malaysia den Biosprit in Monokulturen an. Indonesien gehört zu den Ländern, die heute schon die negativen Auswirkungen zu spüren bekommen. Der Inselstaat soll nicht nur den Bedarf der EU, sondern auch des boomenden China sichern helfen.

Chinas größter Energiekonzern hat im Januar dieses Jahres 5,5 Milliarden Dollar in die Palmölherzeugung Indonesiens investiert und will damit den Energiehunger der wachstumsstärksten Volkswirtschaft stillen. Umweltschützer und kritische Agrarwissenschaftler gehen davon aus, dass die Palmölherzeugung in Südostasien nur aus-

geweitet werden kann, wenn dafür Regenwald abgeholzt wird und Äcker, die bisher dem Anbau von Nahrungsmitteln dienten, umgewidmet werden. Viele Bauern verlieren damit ihre Existenzgrundlage.

Auch in den USA führen die Preisschwankungen für fossile Energieträger dazu, dass immer mehr Autofahrer auf Biosprit setzen. In den vergangenen sechs Jahren hat sich die Produktion von Biosprit dort auf mehr als 18 Milliarden Liter pro Jahr verdoppelt.

Die EU-Kommission will bis zum Jahr 2020 einen Anteil von 10% Biosprit im Kraftstoff erreichen. Stefan Tangermann, Landwirtschaftsdirektor der OECD, warnt: Dann muss ein Drittel der gesamten Ackerfläche in Europa für den Anbau von Energiepflanzen zur Verfügung gestellt werden. Lebensmittel würden dadurch erheblich teurer. Deshalb fordert Tangermann, die Bioenergie in den

Ländern des Südens herzustellen. Allerdings warnt er auch davor, dass dies die Lebensmittelversorgung in manchen Ländern der Dritten Welt beeinträchtigen könnte. Dann wird in Afrika gehungert, damit wir in Europa Auto fahren können.

NGOs wie das *Corporate Europe Observatory* fordern deshalb von der EU, auf drastische Reduzierung des Energieverbrauchs und wirklich nachhaltige, erneuerbare Energie zu setzen. Die Abholzung der Regenwälder für die gigantischen Plantagen sei nämlich mitverantwortlich für die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes.

An der Umstellung auf umweltfreundlichere Verkehrsmittel wie Bahn und Fahrrad führt kein Weg vorbei, soll nicht das Brot der Welt in den Automotoren der Bevölkerung der westlichen Industriestaaten und der Schwellenländer verfeuert werden. ★

is! internationale sozialistische linke

### Was wir wollen

★ *Wir stehen für die Tradition eines undogmatischen, offenen Marxismus. Wir glauben auch, dass diese Tradition kritisch überprüft werden muss, und wollen sie in diesem Sinn vermitteln und theoretisch weiterentwickeln. Die internationale Arbeiterbewegung und andere Bewegungen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung wenden, sind unser Bezugsrahmen.*

★ *Unserer Vorstellung von einer klassenlosen, von Ausbeutung und Unterdrückung freien Gesellschaft, die letztlich nur weltweit realisiert werden kann, liegt ein Konzept umfassender Selbsttätigkeit und Selbstorganisation von unten zugrunde. Die sozialistische Demokratie von morgen kann nicht durch die Stellvertreterpolitik von bürokratischen Apparaten und selbsternannten Menschheitsbeglückern Wirklichkeit werden. Im Kampf gegen Kapital und Ausbeuterstaaten, wenn er breit getragen wird, entstehen jene Organe einer alternativen Demokratie und umfassenden Selbstverwaltung, die berufen sind, an die Stelle des alten Staatsapparats zu treten.*

★ *Ein instrumentelles Verhältnis zu Menschen und Bewegungen lehnen wir ab. Aufbau der Organisation ist für uns Teil eines gemeinsamen Bewusstseinsbildungsprozesses in den Bewegungen, bei dem alle Beteiligten voneinander lernen. Sie muss die Selbstorganisation von unten fördern und darf nicht ihrerseits zum Hindernis für sie werden. Die Organisation soll ihren Mitgliedern politische Selbstentfaltung, theoretische Weiterbildung und die Teilnahme an strategischen und programmatischen Debatten ermöglichen.*

★ *Wir sind für einen konsequenten Internationalismus, der die Idee der Internationale wiederbelebt und sich den Aufbau sozialistischer Organisationen nur als zugleich landesbezogenen und internationalen Prozess vorstellen kann. Die is! ist Teil der IV. Internationale.*

★ *Wir wollen gemeinsames Handeln und vorurteilslosen politischen Dialog mit allen anderen Teilen der antikapitalistischen Linken. Seit der weltgeschichtlichen Zäsur 1989/90 steht ein umfassender Neuformierungsprozess der Linken an. In einer möglichen neuen Kraft der Zukunft werden wahrscheinlich viele mitmachen, deren Ausgangspunkt kein revolutionär-marxistisches Selbstverständnis ist wie bei uns. Doch die Chance für gemeinsames Handeln liegt in der Radikalität konkreter politischer Zielsetzungen, weil solidarische Lösungen eine systemsprengende Dynamik entfalten, wenn sie von Massenbewegungen getragen werden.*



Italiens Linke

# Konsequent gegen den Krieg

Gespräch mit **Franco Turigliatto** (Senator der PRC in Rom)



FRANCO TURIGLIATTO

Zweimal musste der italienische Senat über die Beteiligung Italiens an Militäreinsätzen in Afghanistan abstimmen. Zwei Senatoren der radikalen Linken, Franco Turigliatto (PRC – Partito della Rifondazione Comunista) und Fernando Rossi (ehemals PdCI), enthielten sich bei der ersten Abstimmung und stimmten in der zweiten dagegen. Als die Vorlage beim ersten Mal durchfiel, musste die Regierung in den Reihen der konservativen Christdemokraten Unterstützung suchen. Turigliatto wurde dafür erst aus der Fraktion, dann aus der Partei ausgeschlossen.

■ Gibt es gesellschaftliche Mobilisierungen zur Unterstützung deiner Position?

Ich erfahre viel Solidarität – aus der Partei, aber auch aus Betrieben, aus der Bewegung gegen die Militärbasis in Vicenza oder gegen den Hochgeschwindigkeitszug (TAV) durch das Val di Susa.

In Bezug auf die sozialen Mobilisierungen klafft allerdings noch eine große Lücke zwischen der verbreiteten, aber diffusen Gegnerschaft gegen Kriegseinsätze und der Fähigkeit, diese in Aktionen umzusetzen. Starke Kräfte, die noch vor wenigen Jahren in der Be-

wegung eine große Rolle gespielt haben – die Gewerkschaften, die ARCI (ein landesweites Netz von Selbsthilfestrukturen), Rifondazione selbst – sind heute lahmgelegt, weil sie eine angeblich befreundete Regierung stützen müssen.

Die Großdemonstration in Vicenza gegen die dortige US-Militärbasis am 17. Februar war eine Wasserscheide. Hier ist ganz deutlich geworden, dass die Regierung in keiner Weise für Forderungen aus der Bewegung empfänglich ist. Gleich am Abend nach der Demonstration hat Prodi gesagt: «Das war eine schöne Demonstration, aber die Militärbasis wird trotzdem erweitert.» Und am nächsten Tag hat Wirtschaftsminister Paolo Schioppa noch eins draufgesetzt und erklärt: «Wir bauen auch den Hochgeschwindigkeitszug».

Diese Regierung denkt gar nicht daran, mit den Bewegungen auch nur zu diskutieren. Die regierungsunabhängige Alternative Linke aber hat das getan, was Rifondazione bisher immer für sich reklamiert hat: sie hat die Regierung mit den Forderungen der Bewegungen konfrontiert. Das kann Rifondazione nicht mehr; alles was sie der Regierung abtrotzen konnte war, dass Vicenza bei der Parlamentsdebatte über die Außenpolitik ausgeklammert wurde. So wird es der Partei auch bei den anderen Konfliktpunkten gehen – bei der Sparpolitik, der Rente usw.

■ Bedeutet das, dass es derzeit keine Möglichkeit gibt, Forderungen der Bewegungen in Politik umzusetzen?

Darüber wird jetzt diskutiert. Die Menschen fragen sich, warum die politischen Institutionen nicht



«Befreien wir Vicenza vom Krieg!»  
Protest gegen die US-Militärbasis in der norditalienischen Stadt

mehr die Bedürfnisse der sozialen Bewegungen aufgreifen.

Meine Antwort: In der jetzigen Phase des Kapitalismus, die so stark von den Gesetzen der Konkurrenz und des freien Markts dominiert ist, in der die Massenparteien der Arbeiterbewegung wie auch die Gewerkschaften geschwächt sind und alles politische Leben in die Zwangsjacke eines Zweiparteiensystems gepresst wird, gibt es für Bewegungen keinen politischen Raum.

Früher, in der Nachkriegszeit, konnte man mit einer Kombination aus sozialen Kämpfen, institutioneller politischer Verankerung der KP und Organisationskraft der Gewerkschaften durchsetzen, dass Forderungen aus der Massenbewegung aufgegriffen wurden.

Heute, wo die Bourgeoisie nicht zufällig auf Herrschafts- und Ausbeutungsformen des 19. Jahrhunderts zurückgreift, will sie ein Parteiensystem nach amerikanischem Muster, wo sich «links» und «rechts» nur noch in zweitrangigen Fragen unterscheiden.

Der Fehler von Rifondazione war, sich auf dieses Spiel einzulassen. Von dem Moment an, wo die Partei in die Regierungskoalition eingetreten ist, hat sie sich in Abhängigkeit zu deren neoliberaler Linie begeben. Sie ist nicht mehr in der Lage, Forderungen der Bewegungen, die im Gegensatz zu dieser Linie stehen, politisch zu unterstützen. Sie stellt also auch keinen politischen Bezugspunkt mehr für sie dar.

■ Gibt es eine Kampagne für den Austritt der PRC aus der Regierung?

So läuft die Debatte derzeit nicht. Die parteiinterne Opposition, *Sinistra Critica*, fordert, dass nach den ersten zehn Monaten an der Regierung Bilanz gezogen wird: Was hat Rifondazione mit der Regierungsbeteiligung erreicht, was nicht?

Die Sache ist aber die, dass sich die politische Lage selbst im Vergleich zum vergangenen Jahr völlig verändert hat. Die Koalitionsmehrheit ist sehr schnell dazu

übergegangen, ihren linken Flügel zu isolieren. Die Demoralisierung darüber ist sehr groß. Da ist kein Platz für eine Diskussion, dass Rifondazione aus der Regierung austreten soll.

Hinzu kommt, dass die Partei sich stark verändert hat und zu einer gemäßigten Regierungspartei geworden ist. Linke bewegungsnahen Strömungen werden auch in der Partei immer mehr an den Rand gedrängt. Doch das prägt nicht die parteiinterne Debatte. Vorherrschend ist die Frage, wie die Partei sich zum Projekt der Gründung einer Demokratischen Partei\* verhalten soll. Rifondazione will darauf mit der Gründung einer Sozialistischen Partei reagieren, zusammen mit Linken aus den Linksdemokraten (DS).

■ Ihr denkt jetzt aber nicht an eine neue Partei...

Im Moment nicht, das wäre verfrüht. *Sinistra Critica* hat in Rifondazione noch einen Kampf zu führen. Wir haben jedoch einen Verein gebildet, damit wir unabhängig öffentlich auftreten können und ein Auffangbecken für jene werden, die aus der Partei austreten. Wir wollen die Enttäuschungen und Verbitterungen in neue Energie für sozialen Widerstand verwandeln. Wenn tatsächlich eine Demokratische Partei gegründet wird, wenn daneben eine linkssozialdemokratische Partei entsteht, dann gibt es auch Platz für eine starke antikapitalistische politische Kraft. Die müsste den Weg offen halten für das, was sich mal Kommunistische Neugründung genannt hat. ★

\* Einige der zehn Parteien, die die Regierungskoalition bilden (DS, Margherita u. a., jedoch nicht PRC, PdCI und Grüne), wollen gemeinsam eine Demokratische Partei nach US-Vorbild bilden.

## Geplante Gegenaktivitäten zum G8-Gipfel

Fr., 1. 6.	Sa., 2. 6.	So., 3. 6.	Mo., 4. 6.	Di., 5. 6.	Mi., 6. 6.	Do., 7. 6.	Fr., 8. 6.
						<b>G8-Gipfel</b>	
<b>Internationales Aktionscamp</b>							
	Großdemo in Rostock	Aktionstag Landwirtschaft	Aktionstag Migration	Aktionstag gegen Militarismus, Krieg...		Sternmarsch auf Heiligendamm	Schlusskundgebung
Neubesiedlung Bombodrom				Blockade Flughafen Laage	(Massen-)Blockaden der Zufahrten nach Heiligendamm		
		Inhaltliche Auftaktveranstaltung	Weitere Veranstaltungen	Alternativgipfel			
Abends Vorprogramm in Rostock	Musik am Platz der Abschlusskundgebung		Kultur beim/im Camp			Konzert mit Grönemeyer	
	Ökumenische Andacht Rostock	Gottesdienst in Doberan			«Heiliger Damm des Gebets»		

### Sommerschule der isl 2007

19.–22. Juli 2007 in Hamm (Westfalen)

## Totgesagte leben länger: Sozialismus im 21. Jahrhundert

### Selbstverwaltung und sozialistische Demokratie – Erfahrungen und Konzepte

Vorläufiges Programm:

- Dario Azzellini, Berlin/Caracas/Mexiko (angefragt) über Arbeiterselbstverwaltung und kommunale Selbstverwaltung in Venezuela
- Manuel Kellner, Köln, über Auffassungen des klassischen revolutionären Marxismus zu Arbeiterkontrolle, Arbeiterselbstverwaltung, Arbeiterräte
- Erhard Crome, Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin, über sein Buch
- *Sozialismus des 21. Jahrhunderts* und seine Kritik an Heinz Dieterich

Unsere sommerliche «Schule» findet in angenehmer Umgebung statt und wird viel Gelegenheit zum Kennenlernen und weitere Gespräche über aktuelle Themen bieten, die uns und die Welt bewegen.

Anmeldung und weitere Informationen: [isl@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl@die-welt-ist-keine-ware.de)

**isl**  
internationale sozialistische linke

internationale sozialistische linke (isl) Dasselstr. 75–77, 50674 Köln  
[isl@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl@die-welt-ist-keine-ware.de) · [www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl](http://www.die-welt-ist-keine-ware.de/isl)

**Berlin** [isl-berlin@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-berlin@die-welt-ist-keine-ware.de) **Bielefeld** [isl-bielefeld@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-bielefeld@die-welt-ist-keine-ware.de) **Bremen** [isl-bremen@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-bremen@die-welt-ist-keine-ware.de) **Dortmund** [isl-dortmund@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-dortmund@die-welt-ist-keine-ware.de) **Duisburg** [isl-duisburg@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-duisburg@die-welt-ist-keine-ware.de) **Düsseldorf** [isl-duesseldorf@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-duesseldorf@die-welt-ist-keine-ware.de) **Frankfurt am Main** [isl-frankfurt@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-frankfurt@die-welt-ist-keine-ware.de) **Hamburg** [isl-hamburg@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-hamburg@die-welt-ist-keine-ware.de) **Hamm** [isl-hamm@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-hamm@die-welt-ist-keine-ware.de) **Köln** [isl-koeln@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-koeln@die-welt-ist-keine-ware.de) **München** [isl-muenchen@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-muenchen@die-welt-ist-keine-ware.de) **Oldenburg/O.** [isl-oldenburg@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-oldenburg@die-welt-ist-keine-ware.de) **Ruhrgebiet** [isl-ruhrgebiet@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-ruhrgebiet@die-welt-ist-keine-ware.de) **Schwäbisch Hall** [isl-schwaebisch-hall@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-schwaebisch-hall@die-welt-ist-keine-ware.de) **Stuttgart** [isl-stuttgart@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl-stuttgart@die-welt-ist-keine-ware.de)



#### IMPRESSUM

Die FLUGSCHRIFTEN werden herausgegeben von der internationalen sozialistischen linken/IV. Internationale (isl) und erscheinen bei Bedarf.  
Verantwortliche Redakteurin: Angela Klein  
Satz/Layout: Hans-Günter Mull  
Bestelladresse für WiederverteilerInnen und Wiederverteiler (Lieferung gegen Versandkosten):  
isl, Dasselstr. 75–77, 50674 Köln  
(02 21) 9 23 11 96 · [isl@die-welt-ist-keine-ware.de](mailto:isl@die-welt-ist-keine-ware.de)

**SoZ** Sozialistische Zeitung

monatlich mit 24 Seiten Berichten und Analysen zum alltäglichen kapitalistischen Irrsinn und den Perspektiven linker Opposition

Probeausgabe kostenlos

Probeabo (4 Ausgaben, keine automatische Verlängerung) gegen 10-Euro-Schein

SoZ-Verlag · Dasselstr. 75–77 · 50674 Köln

Fon (02 21) 9 23 11 96 · Fax 9 23 11 97 · [redaktion@soz-verlag.de](mailto:redaktion@soz-verlag.de)